



TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Krisenfestigkeit und Resilienz statt Militarisierung des Gesundheitswesens

Beschlussantrag

Von: Dr. Robin T. Maitra, M.P.H. als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
 Dr. Joachim Suder als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
 Dr. Detlef Lorenzen als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
 Matthias Marschner als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
 Dr. Hans-Otto Bürger als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Vor dem Hintergrund zunehmender kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa und der Welt erklärt der 128. Deutsche Ärztetag 2024, dass in Übereinstimmung mit dem Genfer Gelöbnis die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit von Patientinnen und Patienten das oberste Gebot ärztlichen Handelns ist und bleiben muss. Die Krisenfestigkeit und Resilienz des Gesundheitswesens ist unabdingbar, unterscheidet sich aber grundlegend von Bestrebungen, das Gesundheitswesen "kriegstauglich" zu machen und militärischen Aufgaben unterzuordnen.

Begründung:

Die Grundsätze der ärztlichen Tätigkeit werden im Genfer Gelöbnis feierlich benannt und finden Niederschlag in den Berufsordnungen für Ärztinnen und Ärzte. Diese haben Bestand auch in einer zunehmend unsichereren Welt, in der nicht nur eine Vielzahl von Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen mit vielen Toten, Verletzten, endlosem Leid und Zerstörung zu beklagen sind. Heute ist das Risiko eines Atomkrieges so hoch wie selbst in den Zeiten des Kalten Krieges nicht. Dazu tragen die Aufkündigung der nuklearen Abrüstungsverträge, die Klimakrise, Cyberkriegstechnologien und die zunehmenden Spannungen insbesondere durch die eskalierenden Kriege in der Ukraine und Nahost bei.

Dennoch gilt die nukleare Abschreckung und die atomare Aufrüstung für viele wieder als friedenssichernde Option. Begleitend findet nicht nur im sprachlichen Duktus eine

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 140

Stimmen Nein: 67

Enthaltungen: 12

beispiellose Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und auch des Gesundheitswesens statt. Politiker erläutern nationale Sicherheitsstrategien, die Wehrhaftigkeit und die Kriegstüchtigkeit für weite gesellschaftliche Bereiche. Das Gesundheitswesen soll nach dem Willen des Verteidigungsministers Boris Pistorius durch ein künftiges "Gesundheitssicherstellungsgesetz (G-SIG)" für den Kriegsfall ertüchtigt werden, auch der Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach will das Gesundheitswesen auf "mögliche militärische Konflikte vorbereiten".

Der eigenständige Sanitätsdienst der Bundeswehr soll militärischen Strukturen untergeordnet werden, zivile medizinische Strukturen sollen im Bedarfsfall militärischen Erfordernissen untergeordnet werden. Angesichts der globalen Herausforderungen ist die Krisenfestigkeit und Resilienz des Gesundheitswesens dringend erforderlich. Es spricht nichts dagegen, auf die Erfordernisse von Krisen wie beim plötzlichen Anfall vieler Verletzter oder Kranker bei einer Epidemie oder Unfällen vorbereitet zu sein. "Kriegstüchtigkeit" bedeutet aber etwas ganz anderes und ebnet im Bewusstsein den Boden für die falsche Überzeugung einer Gewinnbarkeit militärischer Konflikte.

Als Ärztinnen und Ärzte wissen wir, dass wir bei der Gefahr heutiger kriegerischer und insbesondere atomarer Auseinandersetzungen keine sinnvolle Hilfe leisten können. Die deutsche Ärzteschaft sollte sich nicht an der fatalen Illusion beteiligen, die Auswirkungen von Kriegen und erst recht von Atomkriegen wäre mit medizinischer Unterstützung beherrschbar. Beschränken wir uns entsprechend unserem Berufsethos darauf, unsere Tätigkeit in den Dienst der Menschlichkeit und für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit unserer Patientinnen und Patienten zu stellen.